



Damit das Geld uns allen dient

MONNETA zeigt welche Alternativen es im Bereich Finanzwirtschaft und komplementäre Geldsysteme gibt

MONNETA ist ein Kompetenzzentrum, das Wissen vermittelt über nachhaltige Finanzwirtschaft und komplementäre Geldsysteme. Prof. Dr. Margrit Kennedy entwickelte die „Money Network Alliance“ (MONNETA) Anfang der 2000er Jahre mit Arbeitskollegen, weil ein professionelles Netzwerk zur Information und Aufklärung über alternative Geldsysteme und Komplementärwährungen gebraucht wurde. Sie war der Zeitschrift „Humane Wirtschaft“ sehr verbunden,

weil dort die guten Alternativen dargestellt werden, die ansonsten in den Wirtschaftsmedien kaum Beachtung finden. Insbesondere seit der Finanzkrise 2008 hat die Nachfrage nach alternativen Lösungsansätzen in der Finanzwirtschaft zugenommen. Die Experten von MONNETA wollen bei den Ansprechpartnern ein Bewusstsein dafür bilden, dass Geld ein soziales und gesellschaftliches Gestaltungsmittel ist, das mitgestaltet werden kann. Funktionierende Beispiele wie Regionalwährungen, Tauschringe und Barterssysteme gibt es genug. Auf der Webseite gibt es übersichtliche, kurze und verständliche Informationen rund um Reformen des Finanzsystems. Sie erfahren Wissenswertes – ganz ohne Werbung. Denn MONNETA ist eine unabhängige, gemeinnützige Gesellschaft, die sich vor allem einem Ziel verpflichtet hat: der Aufklärung und besserer Bildung zum Thema Geld. Die Experten, die in dem Netzwerk zusammenarbeiten, helfen in der Flut der widersprüchlichen

Informationen einen Überblick zu gewinnen. Sie haben langjährige Erfahrung im Bereich komplementäre Geldsysteme, publizieren, geben Interviews, beantworten Anfragen und halten Vorträge, die jeder verstehen kann.

2013 haben Margrit Kennedy und die Journalistin und Filmautorin Kathrin Latsch MONNETA als gemeinnützige GmbH neu gegründet. Kathrin Latsch ist Geschäftsführerin von MONNETA. Nach dem Tod von Margrit Kennedy haben sich die Experten im Netzwerk von MONNETA entschlossen, die Arbeit in ihrem Sinne fortzuführen. Sie eint die Überzeugung, dass eine Vielfalt an Geldsystemen für die Menschen, die Wirtschaft und die Natur besser wäre als nur ein einziges.

Mehr Information:

<http://monneta.org/>



SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG e. V.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung e. V. (Sffo) ist eine Einrichtung der sozialwissenschaftlichen Forschung und Erwachsenenbildung mit Sitz in Bad Boll. Der Verein, dessen Arbeit vor ca. 60 Jahren begann, bemüht sich um die Erarbeitung, Fortentwicklung und Verbreitung eines vertieften Verständnisses für die Grundlagen einer freiheitlichen, gerechten und funktionsfähigen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft.

Im Laufe der Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung und nach sorgfältiger Prüfung haben sich immer wieder die Ideen der Geld- und Bodenreform nach Silvio Gesell, der Dreigliederung des sozialen Organismus von Rudolf Steiner, der Interdependenz der Ordnungen von Walter Eucken und manch andere Erkenntnisleistungen der Vergangenheit als wertvolle Grundlagen erwiesen, die sich bei aller Verschiedenheit im Wesentlichen ihrer Überlegungen bes-

tens ergänzen. An sie kann – sicher nicht dogmatisch und auch nicht unkritisch – angeknüpft werden, wenn man heute zu zeitgemäßen und auch für die Zukunft tragfähigen Grundlagen einer menschenwürdigen Ordnung unseres Gemeinwesens gelangen will.

Dabei strebt das Seminar für freiheitliche Ordnung für die Sozialwissenschaften eine Überwindung des akademischen Spezialtums an, ohne auf Kompetenz in Detailfragen zu verzichten. Es geht immer um die Details innerhalb des Ganzen, insbesondere also um die funktionellen Zusammenhänge zwischen den Teilen und Teilbereichen der Gesamtordnung. Dadurch wird auch eine Kommunikation zwischen verschiedenen Spezialrichtungen der heutigen Wissenschaftsentwicklung möglich.

Auf den vorgenannten Grundlagen ergeben sich gesellschaftspolitische Notwendigkeiten, für die hier beispielhaft aufgeführt seien:

- Unterscheidung von Marktwirtschaft und Kapitalismus und Überwindung des letzteren durch eine Geldreform. Die Forderung schließt die nach Bekämpfung jeder privaten (= nichtstaatlichen) Macht in der Gesellschaft ein.
- Befreiung des Bildungswesens vom Staat durch seine Überführung in eine

Ordnung der Autonomie, der Vielfalt und des Wettbewerbs der Schulen und Hochschulen mit entsprechenden Wahlmöglichkeiten für Eltern, Schüler/Studenten und (Hochschul-) Lehrer

- Trennung von Staat und Wirtschaft, durch die der Staat die Fähigkeit zur Gestaltung der Ordnung der Wirtschaft, auch der ökologischen Ordnung, erlangt und die Wirtschaft zugleich von Intervention und Gängelung durch den Staat befreit wird
- Begrenzung der Staatsaufgaben auf die Errichtung und Pflege der Ordnung.

Der Verein verfolgt seine Ziele

- durch die Schriftenreihe Fragen der Freiheit, die mit ihren mittlerweile 284 Folgen eine Fundgrube für Ideen zur Ausgestaltung und Fortentwicklung einer freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft sind, und
- durch Tagungen, Seminare und Kolloquien in der Schule der Freiheit, dem eigenen Haus und Sitz des Vereins in der Badstraße 35 in 73087 Bad Boll.

Interessenten werden fündig auf unserer Homepage: www.sffo.de

Eine neue Seite befindet sich in Vorbereitung. **Mitarbeiter sind erwünscht.**

Hier stellen sich sechs Organisationen vor, die sich seit Jahren für Veränderungen in Bereichen der Finanzordnung, der Bildung, des Sozialwesens und des Bodenrechts einsetzen.



Christen für Gerechte Wirtschaftsordnung e. V. CGW

Woran wir arbeiten: Die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e. V. sind und wenden sich an Menschen, **die sich nicht damit abfinden mögen,**

- dass wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen geradezu zwanghaft zerstören,
- dass Reiche immer reicher und Arme im-

mer mehr werden und Millionen Menschen keinen Arbeitsplatz finden,

- dass die meist von Frauen geleistete Erziehungs- und Familienarbeit nicht angemessen entlohnt wird,
- dass Existenz- und Zukunftsängste, soziale Spannungen, Gewalt und Unterdrückung zunehmen und Nährboden für extremistische Ideologien werden.

Themen:

Wir treten für eine gerechte Wirtschaftsordnung ein, die sich insbesondere derjenigen Güter annimmt, die allen Menschen gemeinsam gehören. Inanspruchnahme und Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere der Bodenschätze und der Energiequellen, des Wassers und der Luft sollen im Steuerrecht berücksichtigt werden, statt Arbeit mit Abgaben zu belasten.

Zu einem human-ökologischen Abgabensystem gehört auch ein Bodennutzungsentgelt. Pro Kopf rückverteilt würde eine solche **Ökoulage** ein **Grundeinkommen** für jeden ermöglichen, der deutlich bescheidener lebt als der Durchschnitt.

Ein Gemeinschaftsgut ist auch das öffentliche Transportmittel **Geld**, das man nur durch Weitergabe nutzen kann, indem man kauft, verleiht (spart oder investiert) oder schenkt. Dieser Kreislauf wird gefährdet, wenn Geld leihend nur gegen Zins zur Verfügung gestellt wird. Ähnlich wirkend wie eine Standgebühr bei Güterwaggons könnte z. B. eine Abgabe auf liquide Geldmittel den Realhabenzins um Null pendeln lassen.

Homepage: www.cgw.de



Initiative für
Natürliche
Wirtschaftsordnung e. V.
Fairconomy

Regionale Entwicklung kann man nicht losgelöst von der weltweiten Wirtschaftsentwicklung sehen. Regionen und Kommunen haben ein originäres Interesse an der Lösung globaler Probleme und sind selbst Teil dieser Lösung. Was Regiogelder im Kleinen vormachen, sollte auch auf das große Geldsystem übertragen werden: Geld muss fließen und soll dem Austausch und der Bedürfniserfüllung der Menschen dienen. Geld als öffentliches Gut soll allen gleichermaßen zugänglich sein. Dafür setzt sich die INWO ein.

Die andauernden Finanzkrisen und die außergewöhnlichen Reaktionen der Notenbanken verunsichern viele. „Enteignung der Sparer durch Negativzinsen“, „Altersarmut aufgrund des Nullzinsniveaus“, „Mangelnde Finanzstabilität wegen ‚billigem Geld‘“ – Was uns große Teile der Medien weismachen wollen, entspricht allerdings nicht den Tatsachen.

Die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V. (INWO) tritt solcher Meinungsmache entgegen und zeigt die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteile eines dauerhaft niedrigen Zinsniveaus auf. Um der daraus folgenden Vermögenspreissteigerung entgegenzutreten, setzt sich der Verein außerdem für eine gerechte Boden- und Ressourcenordnung ein.

Schon Silvio Gesell schrieb vor hundert Jahren über die angebliche „Enteig-

nung der Sparer“ durch sinkende Zinsen: *„Der Rückgang des Zinsfußes ist ja bedauerlich vom Standpunkt der schon beschriebenen Seiten meines Sparkassenbuches, aber umso erfreulicher ist er vom Standpunkt der unbeschriebenen. Und diese sind bei weitem in der Mehrzahl.“*

Was meinte der Geld- und Bodenreformer damit? Er würde sagen, dass wir zu Unrecht über sinkende Guthabenzinsen jammern, weil in der Gesamtbetrachtung die Vorteile einer sinkenden Zinsbelastung viel bedeutungsvoller sind.

Auf ihrem Höhepunkt im Jahr 2008 hatten allein die Zinserträge der deutschen Banken 433 Mrd. Euro erreicht. 433 Mrd. Euro an Zinsen, die erwirtschaftet werden mussten: umgerechnet 5.412 Euro pro Kopf und Jahr, bei einer Bevölkerung von 80 Millionen. Nur Zins, nicht Tilgung. 2014 waren es „nur“ noch 204 Mrd. Euro Zinslasten, also weniger als die Hälfte – dank des gesunkenen Zinsniveaus.

In unseren persönlichen Ausgaben entrichten wir alle einen Teil der Zinsen, die der Staat, die Kommunen und die Firmen ihren Gläubigern zahlen müssen; Zinsen, die von den Kapitaleignern gefordert werden für die Benutzung von Geld, von Häusern, Produktionsanlagen, Vorräten, Rohstoffen und der gesamten Infrastruktur, wie Bahn oder Wasserversorgung. Fällt der Zins, so bleibt uns mehr von unserem Arbeitslohn. Wir könnten dann bei Bedarf mehr sparen, als das bei hohen Zinsen möglich wäre.

Die Höhe der Zinsen ist auch die entscheidende Hürde bei Investitionsentscheidungen. Weiter sinkende Zinsen

würden viele sinnvolle Investitionen ermöglichen, die in der Vergangenheit leider unterblieben sind, weil sie sich „nicht rechneten“. Das heißt, dass alle Bereiche, die den bisherigen Rentabilitätsanforderungen nicht entsprachen, zukünftig umso besser finanziert werden können, je weiter die Zinsen sinken. Bei der weltweiten Kapitalfülle ist das auch nur marktwirtschaftlich folgerichtig.

Eine nachhaltig funktionierende Marktwirtschaft braucht eine stabile Währung. Wir wollen ein Geld- und Finanzsystem, das allen Menschen dient, nicht nur den Reichsten der Reichen. Das Geldsystem sollte so gestaltet werden, dass es einer Überschuldung von Privatleuten, Firmen und Staaten entgegenwirkt. Ein umlaufgesichertes Geld stoppt die exponentielle Zunahme von Geldvermögen und Schulden. Nur so wird eine krisenfreie Abkehr vom permanenten Wirtschaftswachstum möglich.

Leistungslose Einkommen aus Geld, Boden und Naturressourcen sammeln sich heute bei einer kleinen Minderheit. Damit jeder Mensch gleiche Zugangsvoraussetzungen zum Boden und den sonstigen natürlichen Ressourcen hat, braucht es ein anderes Verständnis für den Umgang mit knappen Gütern.

Mit der Fairconomy bietet die INWO entscheidende Ansätze für eine stabile, lebenswerte und friedliche Gesellschaft, die allen Menschen vergleichbare Lebens- und Startbedingungen ermöglicht.

Mehr Informationen unter:

www.inwo.de

Hier stellen sich sechs Organisationen vor, die sich seit Jahren für Veränderungen in Bereichen der Finanzordnung, der Bildung, des Sozialwesens und des Bodenrechts einsetzen.



Neues Geld gGmbH, Leipzig

WARUM FLIESSENDES GELD?

DAS GELD SOLL DEM MENSCHEN DIENEN – NICHT DER MENSCH DEM GELD!

FEHLER:

Die Aufgabe der Realwirtschaft ist es, dem Gemeinwohl zu dienen. Die Finanzwirtschaft dient dazu, den Markt mit Geld zu versorgen. Durch Fehlentwicklungen hat sich jedoch die Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft abgekoppelt. Geld wird verzinst und die Zinsen werden wieder verzinst (Zinseszinsseffekt). So wachsen die Guthaben exponentiell. Ein solches Wachstum ist nur zeitlich begrenzt möglich, weshalb unser Geldsystem immer wieder zusammenbricht und die Realwirtschaft mit in den Abgrund zieht. Im nationalen Rahmen hat es das in der Vergan-

genheit wiederholt gegeben. Durch die Globalisierung besteht nun die Gefahr eines globalen Zusammenbruchs.

An den Zinsen verdienen weniger als 10% der Bevölkerung. Mehr als 90% der Menschen verlieren über die Zinsen, die in allen Preisen und Steuern enthalten sind. Das sorgt für eine massive Umverteilung von unten nach oben. Daraus entstehen extreme Kapitalkonzentrationen. Diese stellen eine Gefahr für unsere demokratische Grundordnung dar. Politiker, Banker und Wirtschaftswissenschaftler diskutieren auf gesellschaftlicher Ebene (noch) nicht die Alternative zu diesem System: Fließendes Geld. Geld kann nicht „arbeiten“, nur Menschen, Maschinen und die Natur können das.

LÖSUNGEN:

Es geht jedoch auch anders: Mit Fließendem Geld, ohne zinsbedingte Umverteilung und mit mehr Vielfalt in den Geldsystemen.

Bereits heute ist der Beweis vollbracht, dass alternative Lösungsansätze funktionieren. Zeitbanken, die auf der Verrechnung von Arbeitsstunden basieren, Regionalwährungen, die re-

gionale Wirtschaftskreisläufe fördern, und komplementäre Währungen, die in erster Linie sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen oder ökologischen Zwecken dienen. Diese „Währungen“ sind keine Konkurrenz zum Euro. Sie ergänzen, stabilisieren und bereichern das bestehende Geldsystem.

Auch beim Euro oder jedem anderen gesetzlichen Zahlungsmittel würde eine kleine „Änderung“ Wunder wirken: Statt Geld mit Zinsen in den Wirtschaftskreislauf zu locken, wird eine kleine Nutzungsgebühr (Umlaufimpuls) erhoben. Sie fällt nur an, wenn das Geld nicht weitergegeben oder investiert wird. Ziel dieser Gebühr ist es, ein System ohne Wachstumszwang und zinsbedingter Umverteilung zu schaffen. Ökologische Projekte werden nun finanzierbar. Die Umverteilung zugunsten einer kleinen Minderheit hört auf und die Realwirtschaft wird aus der Geiselhaft der Finanzwirtschaft befreit. Anstatt das Geld die Welt regiert, kann es den Menschen dienen. Dafür setzen wir uns ein.

Weitere Informationen:

<http://www.neuesgeld.net>



Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.

Die **SG** will die Diskussion um eine monopol- und damit kapitalismusfreie Marktwirtschaft fördern. Sie will damit den Wirtschaftswissenschaften Anregungen geben zu Zukunftsentwürfen, die den gegenwärtigen Notstand der nationalen wie globalen Wirtschaft überwinden helfen.

Die segensreichen Wirkungen der Marktwirtschaft werden durch die Macht des Kapitals geschmälert: Eine Investition erfolgt stets nur nach Maßgabe des zu erzielenden Kapitalertrages. Diese Investitionsbremse existiert unabhängig von der erforderlichen Wirtschaftlichkeitsprüfung

einer unternehmerischen Initiative. Vorrang genießt, was rentabel ist.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft kann das Soziale nicht gleichrangig dem wirtschaftlich Notwendigen gegenüberreten, damit sich über den Weg der Selbstregulation ein gesunder Ausgleich findet. Das „freie Spiel der Kräfte“ ist durch die Monopolstellung des Kapitals behindert. Überflüssige staatliche Interventionen sind die Folge. Der hochbürokratisierte Wohlfahrtsstaat ist an seine Grenzen gestoßen. Er entmündigt die Menschen, die seine „Wohltaten“ suchen, und zerstört langsam aber sicher die freiheitliche Ordnung.

Auch unreflektiertes Laissez-faire kann nicht die Antwort auf ein System sein, in dem das Kapital eine strukturelle Übermacht besitzt. Gefragt und gesucht sind liberale Wege zum Ausgleich bestehender wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ungleichgewichte, die sich in weltweiten

Spannungen, Konflikten und Krisenerscheinungen manifestieren.

Die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft stellt sich die Aufgabe, an der Suche nach den Voraussetzungen einer freiheitlichen und humanen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitzuwirken. Sie ist unabhängig von politischen Parteien und Konfessionen, von Staat und Wirtschaft.

Die **SG** richtet ihre Aufmerksamkeit auf Fragen der Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Im Mittelpunkt stehen dabei das herkömmliche Geldwesen und das geltende Bodenrecht, von denen die Marktfreiheit eingeschränkt, der Wirtschaftskreislauf ungünstig beeinflusst und der Arbeitsertrag gekürzt wird. Die Monopole Geld und Boden behindern die Selbstheilungskräfte des Marktes, das „freie Spiel der Kräfte“. Eine freiheitliche Demokratie braucht jedoch als Entsprechung eine von Monopolen freie Marktwirtschaft.

Homepage: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Hier stellen sich sechs Organisationen vor, die sich seit Jahren für Veränderungen in Bereichen der Finanzordnung, der Bildung, des Sozialwesens und des Bodenrechts einsetzen.